

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.02.2012**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

16:35 Uhr bis 21:00 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Heike Schmied	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Herr Uwe Wätzel	Controller Dezernat IV
Frau Sylvia Schulze	Teamleiterin Sozialamt
Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle vertr. durch Frau Grummisch
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Zustimmung zur Vorziehung der TOP 7. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle und 8. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe. Weiterhin sei es sinnvoll, zusammen mit TOP 5.1. Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration, Vorlage: V/2012/10372 den TOP 9.1. Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des „Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle“, Vorlage: V/2011/10357 zu diskutieren und bittet um Vorziehung in der Tagesordnung.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat darum, grundsätzlich die Berichte von TOP 7. und TOP 8 voranzustellen. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte, dass dies so laut den geltenden Vorschriften nicht geht. Dies muss immer in der Sitzung beschlossen werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat darum, den TOP 4.2. Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat, Vorlage: V/2011/10362 von der Tagesordnung abzusetzen. Sie beantragte weiterhin, TOP 9.2. Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale), Vorlage: V/2011/10357 nicht als Bericht, sondern als Beschlussvorlage einzureichen. **Herr Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, informierte, dass dies keine Beschlussvorlage sei. **Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, will einen Beschluss dazu treffen und keine Informationsvorlage vorgelegt haben.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat um Absetzung von der Tagesordnung und Vertagung auf März. Er bat um aktuellere Zahlen, die dann vorliegen könnten.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte mit, dass die Zahlen aktuell seien. Es gibt z. Z. keine Möglichkeit, direkt auf das Jahr 2011 zuzugreifen. Es kann hier immer wieder aktualisiert werden. Die Informationsvorlage kann aber auf März verschoben werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Rückstellung der Niederschrift vom 5.1.2012, hier wird zur nächsten Sitzung eine überarbeitete Niederschrift zugesandt.

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Berichterstattung der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
4. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
 - 5.1.1. Untersetzung Mittelreduzierung 4
Vorlage: V/2012/10398
 - 5.1.2. Untersetzung Mittelreduzierung 5
Vorlage: V/2012/10405
 - 5.1.3. Untersetzung Mittelreduzierung 6
Vorlage: V/2012/10406
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration
Vorlage: V/2012/10372
7. Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des "Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle" Grundlage der Berichterstattung ist die Veröffentlichung "Best Practice und kommunale Integrationsstrategie der Stadt Halle (Saale)
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
 - 9.1. Information zum Bericht des Koordinierungskreises "Netzwerk gegen Drogen" 2011
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt als Vertreter des Jobcenters Halle **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und **Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und erteilte ihnen das Wort.

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte über die steigenden Arbeitslosenzahlen im Winter wie in jedem Jahr. Anschließend erläuterte sie die Entwicklung auf dem Gebiet der Bürgerarbeit.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, sprach anschließend über die ausgeteilte Statistik und den aktuellen Kreisreport und gab Erläuterungen.

zu 4 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, erläuterte den aktuellen Stand im Bereich Bildung und Teilhabe (BuT).

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Lernförderung mit nur 13 Anträgen.
Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte über eine Weisung des Kultusministerium, wonach erst ein vollständiger Antrag vorliegen muss.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach den Arbeitslosenzahlen der 50 bis 65-jährigen. Wird auf die Erhöhung des Rentenalters hier verstärkt eingegriffen. Bei Bildung und Teilhabe fragte sie, wie viel könnten es sein, was wird erwartet.

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, nennt das Projekt Jahresringe, welches nicht von der Erhöhung des Rentenalters abhängig sei. Es werde verstärkte Aktivierungsmaßnahmen für Alte geben und ein aktuelles Profiling erstellt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat darum, das Projekt im Mai intensiver vorzustellen.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte über die Schwankungen bei den Antragseingängen bei BuT, es normalisiert sich.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, ergänzt, dass ca. 79 % der Anspruchsberechtigten schon einen Antrag gestellt haben. Es fehlt in der Statistik der Schulbedarf bei ALG II, da dieser durch die Leistungssachbearbeiter nicht in BuT gezahlt wird.

Herr Müller, CDU-Fraktion, möchte wissen, welcher Personenanteil von jungen, qualifizierten Menschen woandershin, außerhalb von Halle und in das Ausland vermittelt werden und bat um Untersetzung.

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, teilte mit, dass dies nicht statistisch ausgewertet werden kann. Dies kann nur für den gesamten Agenturbezirk erfolgen, nicht für Halle.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Einbringung doppischer Haushalt 2012 - 1. Lesung (Vorlage bitte mitbringen)

Vorlage: V/2011/10306

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte zuerst **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, das Wort.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, erläuterte zu ihrem Bereich des Haushaltes zuerst den Stellenplan und die vorgeschlagene Mittelkürzung.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, versteht die Zuordnung nicht ganz, nur ein Produkt, keine Details.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach Änderungen im Stellenplan.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sprach, dass zur Haushaltskonsolidierung die Optimierung der Aufgaben mit einer Stelleneinsparung beitragen soll. 2/3 der Stelle werden strukturell eingespart. Eine Stelle ist jetzt schon nicht mehr besetzt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, ob Veränderungen für den Haushalt von der Verwaltung beantragt werden. **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, antwortete, dass diese Änderungen beantragt werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob 2012 2/3 der Stelle eingespart werden für das Projektmanagement.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, wollte wissen, ob dann 1/3 der Stelle 2013 umgewidmet würden und 2012 die gesamte Stelle wegfällt.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, bejahte dies.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, ob man diese Stelle nicht mehr braucht wie bisher, hätte sich die Aufgabenstruktur verändert, gibt es eine Einsparung bei Projekten, die nicht weitergeführt werden brauchen, welche Idee steht dahinter?

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, informierte, dass sich die Schwerpunkte der Aufgaben mit den Jahren verändert haben. Bestimmte Projekte werden nicht mehr durchgeführt. Zwei Stellen sind schon notwendig, sie kann die Arbeit nicht allein machen, darunter leidet die Qualität. Aus dem Bereich Gleichstellung gab es keinen Vorschlag für den Wegfall von Projekten.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sah das Problem, entweder gibt es keine Reduzierung oder sie sei so hoch, dass sie politisch nicht mehr vertretbar sei.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, welche verwaltungsinternen Aufgaben verzichtbar wären.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte, dass bestimmte Serviceaufgaben wegfallen, z. B. habe sie z. Z. keine Sprechzeiten mehr, sondern nur noch Termine nach Vereinbarung, die Arbeit im Session kann nicht mehr erfolgen usw.

Frau Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fand die Diskussion schwierig, aber es sei zu begrüßen, wenn hier nach innen gespart werden könnte.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion hier abzubrechen, die Rechtfertigung der Verwaltung betreffend. Der Vorschlag wurde durch die Verwaltung gut dargelegt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

3 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, hat Vertrauen, dass **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, ihre Tätigkeit erfüllen kann.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fand es nicht gut, Diskussionen abzubrechen, wenn man Nachfragen hat.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Frauen-Nacht-Taxi.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, informierte, dass das Frauen-Nacht-Taxi nicht aufgeführt ist, hier fehlt der Aufhebungsbeschluss, jedoch gab es seit zwei Jahren keine Mittelgenehmigung dafür.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob der Aufhebungsbeschluss geplant sei.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte, dies ist nicht so geplant.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzt, dass bei Nichtgenehmigung des Haushaltes gewisse Regeln einzuhalten sind. Dies zieht sich durch alle Bereiche.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, dies sei doch eine freiwillige Leistung auf Stadtratsbeschluss.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, widersprach Frau Krausbecks Darstellung und erklärte, dass es Aufgabe der Verwaltung sei zu begründen, warum sie trotz beanstandetem Haushalt 2011 Mittel für freiwillige Aufgaben ausgegeben habe.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, und erteilte **Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt**, das Wort.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, erläuterte die Präsentation zum Haushalt des Sozialamtes.

Anschließend gab sie Informationen zum Haushaltsplan.

Stellenplan

Von 2011 zu 2012 werden 3 Stellen zugeführt für Bildung und Teilhabe (BuT).

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob nicht die 5 Stellen BuT vom Bund bezahlt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dies betreffe die Schulsozialarbeiter, nicht die hier gemeinten Stellen. Altersteilzeitstellen müssen in Größenordnungen nachbesetzt werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte zur Stabsstelle, warum brauchen wir Seniorenhilfeplaner?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, die Seniorenbeauftragte sei hier ausgebildet, der Fachteil ist im Amt 50 zugeordnet.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, erläuterte die nachträglich heute ausgeteilten Unterlagen.

HLU Seite 476 + UA 4101 (heute ausgeteilt)

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach der Mittelreduzierung 2011 und bittet um nähere Erläuterungen.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informiert dass BuT-Leistungen auch in den einmaligen Beihilfen ausgebildet waren.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, hat beim Lesen der Tabellen mit Grauhinterlegung Schwierigkeiten.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, um welche Fälle es sich handelt.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortet, dies seien SGB-XII-Fälle.

Grundsicherung Seite 479 + UA 4850 – hier weitaus mehr Einnahmen geplant aufgrund Bundesbeteiligung

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, fragte nach den Nettoaufwendungen.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass hier die Einnahmen herausgerechnet wurden – also Nettoprinzip.

Hilfen zur Gesundheit Seite 480 + UA 4130

Keine Fragen

Eingliederungshilfe Seite 482

Keine Fragen

Hilfe zur Pflege Seite 484 + UA 4114

Keine Fragen

Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten Seite 486 + UA 4141

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, ob ein Rückgang der Kosten bei der Bestattung erwartet wird.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortete, dass die Antragstellung sehr schwankend sei. 2009 und 2010 waren die Leistungen geringer als in 2011.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte nach dem Ermessensraum.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortete, dass es sich im § 74 SGB XII um Pflichtleistungen handelt, hier gibt es kein Ermessen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach den Bestattungskosten, das Ist 2011 ist noch nicht klar.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass es noch keinen Jahresabschluss 2011 gibt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass es nur einen vorläufigen Abschluss gibt. In den Bestattungskosten sind grundsätzlich Schwankungen, hier gab es auch eine Erhöhung der Friedhofssatzung, die sich niederschlägt.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte über die Mittelreduzierung bei den Pflichtleistungen freier Träger (Beschlussvorlage: V/2012/10405).

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob die Mittelreduzierungen auch in 1. Lesung behandelt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, bejaht dies.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass erst nach Beschluss der Reduzierungen diese an die Kämmerei gegeben werden können.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Arbeit des Ausländerbeirates.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, sagt, dass der Beirat arbeitet und dass das Geld fest gebunden ist über Vereinbarungen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, bat an dieser Stelle die anwesenden Beauftragten, zu ihren Themen das Wort zu ergreifen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte, ob für den Seniorenrat eine so große Summe nötig sei.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass das Geld für eine Stelle ist, die im Seniorenrat angesiedelt ist für Koordinationstätigkeit.

Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte, ergänzte, dass über 60 Seniorenvereine im Seniorenrat als Dachorganisation organisiert sind. ½ Stelle ist als Koordinatorenstelle angesiedelt aufgrund dieser Größenordnung.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Stelle, die von der Stadtverwaltung übernommen wurden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass es zwei Varianten gab, hier oder beim Verein die Stelle anzusiedeln. Hier wurde diese Variante gewählt. Die Leistung muss erbracht werden, die Partizipation der 60 Gruppen muss erbracht werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, versteht nicht, was spricht dagegen, diese Stelle aus dem Personalpool der Stadtverwaltung zu nehmen und das Geld zur Verfügung zu stellen. Sie fragte nach sozialraumorientierter Arbeit mit 5 Räumen. Ist hier gleichwertig in der Stadt verteilt?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass die Seniorenbegegnungsstätten auf 5 reduziert wurden. Personal hat die Stadt dafür nicht.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Volkssolidarität 1990 e. V., kann der Verein über das gesamte Geld frei verfügen?

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, das Geld sei auf drei Begegnungsstätten mit Namen festgeschrieben, je Stätte eine Summe.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob eine Begegnungsstätte geschlossen ist.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortete, dass zur Kreuzerstraße mit der HWG verhandelt worden sei, hier werden keine Mietkosten, nur noch Betriebskosten gezahlt. Die Begegnungsstätte im Böllberger Weg ist nicht mehr öffentlich, die Reilstraße wird umgebaut.

SGB II Seite 489 + UA 4820/4050

Keine Fragen

Bildung und Teilhabe SGB II Seite 490 + UA 4820

Keine Fragen

Asylbewerberleistungsgesetz Seite 492 + UA 4200 – 4240 und 4362

Keine Fragen

Wohnsozialisierungshilfe Seite 494 + UA 4350

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Personalkosten, die nicht mehr so hoch sind.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass die Personalkosten direkt dem Produkt zugeordnet sind.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte zur BV Mittelreduzierung, wieso diese beiden Träger finanziert werden in dieser Höhe. Sie kann dies nicht nachvollziehen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ist vollkommen fremd, dass die Schöpfkelle kein Konzept hat. Wenn die Verwaltung eine neue Begegnungsstätte will, wird dazu ein Konzept vorgelegt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass es zu SPI einen Stadtratsbeschluss gibt, es wurde ein Sonderprogramm für den Bereich Mehrgenerationenhaus gefunden. In der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft wird Migrantenarbeit geleistet. Die Schöpfkelle hatte die Aufgabe, bis August eine überarbeitete Konzeption vorzulegen, die die Dezentralisierung der Angebote vorsieht, diese ist nicht gekommen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Satz in der BV „Alle anderen Vereine und Leistungen werden abschlägig beantwortet.“ und versteht die Begründung nicht. Er kündigte Änderungsanträge zum Haushalt an und fragte nach der Mittelreduzierung beim Halle-Pass.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass es Absprachen zwischen den Geschäftsführern der Einrichtungen und der Stadt gibt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob man sich mit 20.000 Euro zufrieden gibt – SPI.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortete, dass es eine Vereinbarung über diese Summe gibt.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte zur Schöpfkelle, welche Inhalte das Konzept haben soll, wenn die Einrichtung weitergeführt werden soll.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, wird die Frage schriftlich beantworten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, möchte die Träger gern in eine Ausschusssitzung einladen.

Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, verwies an dieser Stelle auf die gekürzten Mittel in Behindertenbereich, so z. B. bei der Landesberatungsstelle für Hörgeschädigte. Hier hält die Verwaltung keinerlei Angebote vor mit Gebärdendolmetschern. Ebenso wurde beim Blinden- und Sehbehindertenverband gekürzt.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob ein Fördermittelantrag der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft vorliegt.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte dass diese bis 2010 beim Jugendamt finanziert wurde. Für 2011 und 2012 liegen Anträge im Sozialamt vor.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion Die Linke, fragte, der SPI hatte einen Vertrag zum Nachbarschaftszentrum, ist dies jetzt das Mehrgenerationenhaus? Werden hier mehr Aufgaben erledigt?

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, sagte, hier fungiert es als Nachbarschaftszentrum und als Mehrgenerationenhaus.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, mit weniger Geld von uns ist hier die Finanzierungsstruktur geändert worden. Es beteiligt sich auch der Bund. Der SPI hat sich selbst um eine andere Form bemüht.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, kündigte Änderungsanträge von ihrer Fraktion an zu den Mittelreduzierungen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob man Akteneinsicht beantragen kann.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, bejahte die Anfrage.

Bildung und Teilhabe KIZ/Wohngeld S. 498+ UA 4950

Keine Fragen

Sonstige soziale Angelegenheiten S. 500 + Mittelreduzierung 6

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläutert die Mittelreduzierung. Die Bäder GmbH hatte schon keine Zuschüsse mehr erhalten 2011, der Zoo 12.800 Euro, Kultureinrichtungen 23.000 Euro. Die Summen, die bisher geflossen sind, waren also gering. In den Satzungen sind Vergünstigungen festgeschrieben. Die Finanzierung aus kommunalen Mittel soll nicht mehr erfolgen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, findet die Vorlage zur Mittelreduzierung unmöglich. Eine vernünftige Untersetzung muss möglich sein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass er die Ist-Zahlen und die Satzungen der Einrichtungen nachreichen wird.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sagte, dass die Einnahmen beim Zoo schrumpfen werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach dem Konservatorium.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, dass das Konservatorium als echtes Problem gesehen wird. Bei den anderen Einrichtungen ist es über die Satzungen zu finanzieren.

Wohn- und Unterhaltssicherung Seite 502

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, weist auf die Veränderungsliste hin, die heute verteilt wurde und erläutert diese.

Haushaltskonsolidierung

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach den KdU SGB II und BuT, was ist bei Aufstockern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte über die Veränderungen durch die Erhöhung des Regelsatzes. Die Haushaltsstellen zur Anmeldung gehen von einer KdU-Kürzung von 1,13 Mio Euro aus.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, warum sind die Warmwasserkosten so hoch angesetzt?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, hier war nicht bekannt, wo die Entwicklung hinläuft, wie viele Kinder aus dem Wohngeld in das SGB II zurückgehen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte, ob Warmwasser nach Verbrauch, nicht nach m² gerechnet wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass hier die grundsätzliche Bereitstellung des Warmwassers gemeint ist.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, die Oberbürgermeisterin hat erklärt, die Streichliste falle moderater aus. Ist hier etwas zu erwarten? Bei der Grundsicherung im Alter sei die Leistungsbeteiligung vom Bund recht gering, war nicht mit mehr gerechnet worden?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, die Entlastung durch die Beteiligung des Bundes kommt nur z. T. an, da die Erstattung vom Vorvorjahr ausgeht. Zur Streichliste kann nichts gesagt werden. Das Investitionsprogramm kann noch nicht ausgeteilt werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, nicht alle Leistungen wurden ausgezahlt, was wurde eingespart bei freiwilligen Leistungen. Sie bat um eine schriftliche Antwort.

Amt 53

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, verwies auf die ausgeteilten Unterlagen und erläuterte die Änderungen im doppischen Haushalt.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach dem Aufwuchs im Veterinärwesen über Tarifierhöhung.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, bat **Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin im Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, um Beantwortung.

Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin im Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, sagte, dies ist der Doppik geschuldet. Die Aufwüchse seien durch die aufgeteilten Overheadkosten.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte, wäre es möglich, mehr Geld für Lebensmittelüberwachung zur Verfügung zu stellen? Hier gibt es ein großes Problem.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte mit, die Stadt handelt hier im übertragenen Wirkungskreis nach den Vorgaben des Bundes. Hier muss einheitlich gehandelt werden. Es wird auf diesem Gebiet genug kontrolliert und es gibt auch nur geringe Probleme und Feststellungen. Es ist nicht erforderlich, die Summe zu erhöhen.

Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin im Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, sagte, die Entscheidung muss von Bund bzw. Land einheitlich fallen.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, sprach an, dass die Streichung Versicherungsleistungen auf 0 war. Ist die Stadt überhaupt versichert?

Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin im Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, erläuterte das System zur Versicherung zum Tierseuchenproblem über eine landesweite Tierseuchenkasse. Aus den hier vorhandenen Rücklagen werden Kosten bei Seuchen beglichen, hier zahlen Land und Tierhalter ein.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, bat um eine kurze Pause gegen 20.00 Uhr. Die Sitzung wurde für 3 min unterbrochen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten
zu 6.1 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration
Vorlage: V/2012/10372

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab Erläuterungen zum Antrag. Sie erklärte, was unter einem Indikatorenset zu verstehen sei. Es definiert Kriterien, an denen bestimmte Entwicklungen abgebildet werden.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, fragte nach der Definition „Prüfauftrag“ in der Antwort der Verwaltung zum Antrag. Was sei unter Prüfauftrag zu verstehen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es eine Arbeitsgruppe, wie sie hier gefordert wird, nicht geben kann. Das Indikatorenset kann entwickelt werden, aber die Arbeitsgruppe kann in dieser Form nicht befürwortet werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, wie sich diese Arbeitsgruppe einbringen soll im Netzwerk oder soll sie außerhalb sein.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, das Netzwerk und die Steuerungsgruppe haben ihre Aufgaben und können diese Aufgaben nicht übernehmen. Das Netzwerk ist eine eigene Struktur. Hier aber sollen die einzelnen Ämter, z. B. Wirtschaftsförderung, eingebunden werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, ob sie das Netzwerk dazu in der Lage sähe.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, machte den Vorschlag, einen Kompromiss zu schließen. Es ist ein Indikatorenset geplant. Fünf Schwerpunkte sollen gewählt werden.

- Demografie und Rechtsstatus
- Integration durch Bildung
- Arbeitsmarktintegration
- Gesellschaftliche Integration und Beteiligung
- Interkulturelle Öffnung

Sie bat um Einverständnis, dass eine prozessorientierte Arbeitsgruppe im nächsten ¼ Jahr gebildet werden kann. Darüber würde die Steuerungsgruppe informiert.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fand den Vorschlag sehr sinnvoll, da das Netzwerk schon sehr aktiv ist. Eine Testgruppe/AG sollte im Mai das erste Thema vorstellen.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, kann sich mit dem Kompromissvorschlag einverstanden erklären.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach der Vorgehensweise.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Erläuterungen zu den 5 AG mit 5 Themen.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, sagte, dass die prozessorientierten Gruppen zu verschiedenen Aufgaben gebildet werden sollen. Eine Einbringung der Fraktionen kann mit erfolgen.

Frau Krausbeck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, die Idee ist, dass die Arbeitsgruppe

die Entwicklung der Indikatoren begleitet. Hier sollte die Möglichkeit gegeben sein, Fachkreise zu bilden. Der Antrag bleibt bestehen.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, bat um Terminänderung auf das nächste Halbjahr.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, dass es eine Arbeitsgruppe in der Zusammensetzung, wie sie gefordert wird, nicht einberufen wird. Es gibt einen Widerspruch, dies ist nicht Aufgabe der Verwaltung. Eine gemeinsame Form von Verwaltung und Stadtrat ist etwas anderes.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Debatte.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im I. Quartal 2012 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die durch die Stadtverwaltung geplante Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration begleitet. Beteiligt werden sollen InteressenvertreterInnen von Menschen mit Migrationshintergrund, der Stadtrat und die Fachämter der Stadtverwaltung, insbesondere die Bereiche Personal, Wirtschaftsförderung, Bürgerservice, Jugendhilfe und Sozialplanung.
2. Das Gremium wird damit beauftragt, an der Entwicklung und Fortschreibung der Indikatoren mitzuwirken und über Verbesserungsbedarf und -maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten.

**zu 7 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des "Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle"
(Grundlage der Berichterstattung ist die Veröffentlichung "Best Practice und kommunale Integrationsstrategie der Stadt Halle (Saale))**

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, erläuterte ihre Präsentation zum Stand der Umsetzung des Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses bedankte sich für die Ausführungen.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Information zum Bericht des Koordinierungskreises "Netzwerk gegen Drogen" 2011

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, erläuterte, dass das Netzwerk 1999 gegründet wurde, um Handlungsstrategien zu entwickeln. Die Ursprungsziele des Koordinierungskreises haben sich überholt, da sie in den Anfangsjahren geklärt werden konnten. Die Mitglieder des Koordinierungskreises arbeiten weiter fachlich eng zusammen, ohne die Struktur des Koordinierungskreises dazu nutzen müssen.

Mit der vorliegenden Entscheidung zur Auflösung kann fachlich weiterhin auf Krisensituationen in der Sucht- und Drogenhilfe reagiert werden. Die Vorbereitung und Durchführung von Sucht- und Drogenkonferenzen ermöglicht darüber hinaus die Einbeziehung von anderen Partnern (z. B. Stadträten), die bisher nicht im Koordinierungskreis vertreten waren. Damit erhält, aus Sicht der bisherigen Mitglieder des Koordinierungskreises, die gemeinsame Zusammenarbeit eine neue Qualität.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, informierte, dass sich die Drogenberatungsstellen demnächst im Ausschuss vorstellen werden..

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses bedankt sich für die Informationen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, ob es noch weitere Mitteilungen gebe.

Herr Schneller, Amtsleiter Sozialamt, informierte zur Anfrage nach Erstausrüstung von **Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion**, dass diese schriftlich beantwortet worden ist. Die aufgeführten Gegenstände sind nur beispielhaft und seien keine abgeschlossene Liste. Es wurden keine Preise genannt, hier ist eine Liste zwar vorhanden, aber die Preise werden ständig verändert. Es gibt zur Handhabung manchmal Unmut, wenn nicht in einer Summe ausgezahlt wird, jedoch muss hier Missbrauch vorgebeugt werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, wies darauf hin, dass dies die letzte Sitzung von Herrn Dr. Wilhelms ist. Er bedankte sich recht herzlich bei ihm. Seine Arbeit verdient allerhöchsten Respekt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schloss sich dem Dank an und wünschte Herrn Dr. Wilhelms alles Gute.

Herr Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, dankte für die freundlichen Worte. Er hat als Amtsleiter im September 1992 seine Tätigkeit aufgenommen und ist stolz darauf, wie sich alles entwickelt hat. Er erinnerte hier z. B. an die Sanierung der Krankenhäuser, den Aufbau und die Entwicklung der Selbsthilfekontaktstelle usw. Viele Dinge sind entstanden, die es nicht überall gibt. Er bedankte sich seinerseits für die Akzeptanz hier im Ausschuss. Am 1.3.2012 findet im Kleinen Saal seine persönliche Verabschiedung statt. Er bedauerte es sehr, dass es nicht möglich war, bis zu seinem Ausscheiden einen Nachfolger zu finden. Seine Stelle sei ab 1. März unbesetzt.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit informierte zur Nachfolge von Herrn Dr. Wilhelms und zitierte aus dem Protokoll der Beigeordnetenkonferenz vom 14.2.2012:

"Frau OB informiert, dass eine interne Stellungnahme davon ausgeht, dass die bisher durchgeführte Ausschreibung rechtlich anfechtbar sein könnte. Danach besteht die Gefahr der unbegründeten Ausgrenzung potentieller Bewerber. Die externe Ausschreibung wird deswegen aufgehoben und neu intern durchgeführt. Der Vorgang ist der OB dringend vorzulegen."

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, teilte mit, dass sie von zwei Vereinen, BBZ und Weibervirtschaft, die Mitteilung erhalten hat, dass es durch den nicht genehmigten vorzeitigen Maßnahmebeginn Probleme gibt, Fördergelder vom Land zu erhalten und es dazu einen Antrag im Stadtrat geben wird.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte zur Nachfolge von Herrn Dr. Wilhelms, ob die Stadt dann keinen Amtsarzt hat.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit teilte mit, dass die Vertreterin, **Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, die Arbeit übernehmen wird.

Herr Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, informierte, dass es eine untere Veterinärbehörde und eine untere Gesundheitsbehörde gibt. Es werden zwei Dinge gesucht, Amtsleiter und Amtsarzt.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, bedankt sich bei **Herrn Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, für den Gesundheitsführer und fragt nach einem Sozialkaufhaus in Halle-Neustadt bei Netto, Hyazinthenstraße und bittet um schriftliche Antwort, was hier bekannt sei.

Frau Wunderlich, sachkundige Einwohnerin Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach Zahlen Ist 2010, auf der Antwort für Frau Wolff zur Anfrage stehen nur Zahlen 2011.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 11 Anregungen

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, regte an, im März nur den Haushalt auf die Tagesordnung zu setzen. Heute sei die Tagesordnung sehr voll.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.05.12

Martina Kerner
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende